

09.11.2018 13:21 CET

Zu wenig Frauen in der Politik

Seit 100 Jahren existiert in Deutschland das Frauenwahlrecht. Der Anteil an Frauen in der Politik ist aber immer noch verhältnismäßig gering – im Brandenburger Landtag liegt er bei 36 Prozent, im Barnimer Kreistag bei knapp unter 30 Prozent, in den Kommunalparlamenten durchschnittlich sogar nur bei 23,3 Prozent. Um auf diesen Umstand aufmerksam zu machen, wird zwischen 12. und 30. November 2018 die Ausstellung „Mütter des Grundgesetzes“ in den Räumlichkeiten der Kreisvolkshochschule Barnim, Fritz-Weineck-Straße 36, 16227 Eberswalde, zu sehen sein.

„Die Geschichte des Frauenwahlrechts zeigt, wieviel Engagement nötig war und ist, um die Rechte auf gleichberechtigte Teilhabe von Frauen durchzusetzen“, erklärt Dr. Sylvia Setzkorn, Beauftragte für Gleichstellung, Migration und Integration beim Landkreis Barnim. „Wir müssen auch heute wieder für unsere Rechte, Gleichstellung und Demokratie kämpfen.“

Auf 17 Plakaten werden Lebensbilder von Frieda Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel gezeigt – den vier weiblichen Mitgliedern des Parlamentarischen Rates. Sie erkämpften mit Art. 3, Abs. 2 – „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ – die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz. Ohne das Engagement der vier Frauen im Parlamentarischen Rat und der vielen Frauen, die sich in der Öffentlichkeit für die volle Gleichberechtigung stark machten, wäre es zu dieser Formulierung nicht gekommen. Die Ausstellung würdigt das politische Engagement, das die vier politischen Weggefährtinnen in den ersten Jahren der Bundesrepublik gezeigt haben.

Gleichstellungsbeauftragte und Netzwerk gegen Gewalt an Frauen schließen sich Aufruf an

Um das Anliegen der Förderung von Frauen in der Politik zu stärken, schließt sich zudem das Barnimer Netzwerk gegen Gewalt an Frauen dem Aufruf „Mehr Frauen in die brandenburgische Politik!“ an, den die Landesgleichstellungsbeauftragte sowie die Landtagsabgeordneten Kristy Augustin (CDU), Ina Muhß (SPD), Diana Bader (Die Linke) und Ursula Nonnemacher (Bündnis 90/Die Grünen) gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Ziel des Aufrufes ist es, alle Parteien im Land Brandenburg dazu zu bewegen, mehr Frauen für die Wahlen aufzustellen. Im kommenden Jahr finden in Brandenburg Kommunalwahlen, Europawahl und Landtagswahl statt.

Das Barnimer Netzwerk gegen Gewalt an Frauen hat für die Erhöhung des Frauenanteils in der Politik zudem eigene Strategien entwickelt. „Frauen können sich auf vielen Wegen in die Politik einbringen: Sie entscheiden mit ihrer Stimme bei jeder Wahl, sie können sich als sachkundige Einwohnerinnen in die Kommunalpolitik einbringen, sie können sich über eine Frauenliste aufstellen und wählen lassen, ihre Perspektive in Gremien und Parteien einbringen. Demokratie braucht viele Meinungen“, fasst Dr. Sylvia Setzkorn, Beauftragte für Gleichstellung, Migration und Integration beim Landkreis Barnim, das Ergebnis zusammen.

Als konkrete Maßnahmen schlägt das Netzwerk etwa Kurse zur politischen Bildung, Mentoring-Programme, Rhetorik-Trainings oder auch Besuche des Landtags vor, um Frauen zu ermutigen, in die Politik zu gehen.

Für Monika von der Lippe, Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern, braucht es mehr Frauen in der Politik, „um ihre Lebenserfahrungen in die politischen Entscheidungen einbringen zu können“. „Je größer die Vielfalt der Perspektiven, desto besser ist die Politik“, ist sie sich sicher.

„Wir müssen handeln: Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung und sind bis heute in der Politik unterrepräsentiert“, ergänzt Margitta Mächtig, Landtags- und Kreistagsabgeordnete aus dem Barnim.

Kontaktpersonen



Robert Bachmann

Pressekontakt

Pressesprecher

pressestelle@kvbarnim.de

03334 214-1703